

Robert Habeck positioniert sich.

Eine kritische Würdigung seines Gastkommentars im Tagesspiegel vom 3.4.2018 „Der Mensch in seiner Würde und Freiheit“

Habecks Rückblick

Habeck kneift nicht. Ja, „Wir Grünen haben die Hartz IV-Gesetze mit beschlossen“ und „von Anfang kritisch begleitet und immer wieder Korrekturen gefordert.“ Da hat er Recht. Aber ein Teil der Wahrheit ist auch, dass der Hauptfehler von Hartz IV der fehlende Mindestlohn war, der nicht nur von Gewerkschaften abgelehnt wurde, sondern auch in der grünen Szene umstritten war.

Habecks Analyse

Inzwischen propagiert Habeck einen radikaleren Schnitt, nicht nur „Korrekturen“, sondern „Hartz“ durch ein „neues System“ ersetzen: „Die Probleme und Herausforderungen von 2018 sind andere als 2002. Lebenswege werden fragiler ... Branchen brechen weg ... prekäre Arbeitsformen ... Das gewerkschaftliche Tarifsysteem erreicht viele Menschen nicht mehr. Diese Angst vor Abstieg und Armut frisst die Seele auf und das Grundvertrauen in die Gesellschaft gleich mit.“

Das ist eine harte Zustandsbeschreibung und angesichts von Fachkräftemangel und nahezu Vollbeschäftigung eine gewagte. Ist wirklich alles viel schlimmer geworden? Ist die soziale Unsicherheit in der Gesellschaft wirklich so dramatisch größer geworden? Es gab doch auch 2002 prekäre Verhältnisse, ja sogar doppelte Arbeitslosigkeit. Verschwindende Branchen gibt es mindestens seit den Siebzigern.

Fakt ist, dass bei der vorletzten Bundestagswahl 2013 die 3 Parteien, die mit sozialer Gerechtigkeit geworben haben, noch eine Mehrheit erhalten haben, bei der letzten Bundestagswahl 2017 jedoch nicht.

Vor der letzten Wahl war es die Flüchtlingszuwanderung, weit vor sozialen Fragen, die die Menschen bewegte.

Doch an einem Punkt hat er recht. Die Unzufriedenheit über Hartz IV bei den Betroffenen und bei den Arbeitsvermittlern ist groß. Es fehlen häufig die zur Qualifizierung passenden Jobs. Menschen, die eingeschränkt arbeiten könnten, sind überfordert oder geben nach einigen Monaten auf. Entscheidungen über Sanktionen erscheinen oft willkürlich und ungerecht. Das System erscheint würdelos.

Habecks Vorschläge

Vorschlag 1: „Möglichst wenige sollen Anträge auf soziale Sicherung stellen müssen“ Die Zahl der Anträge senkt man natürlich am besten, indem möglichst viele in Arbeit kommen. Hier gerät Habeck aber in Konflikt mit seiner Kritik an Forderungen der SPD, siehe Vorschläge 2 und 3.

Vorschlag 2: Habeck lehnt den „geförderten staatlichen Arbeitsmarkt“ (das 'solidarische Grundeinkommen', vom Berliner Regierenden Bürgermeister Michael Müller ins Gespräch gebracht) als „Etikettenschwindel“ ab, macht aber selbst keine Vorschläge, wie noch mehr Menschen in Arbeit gebracht werden können. Eine Alternative oder Ergänzung zum 2. Arbeitsmarkt, wäre es, Unternehmer mehr und länger finanziell zu unterstützen, damit sie eingeschränkt Leistungsfähige beschäftigen. Leider zieht er auch diese Variante nicht in Betracht.

Vorschlag 3: Das Ehrenamt nicht ersetzen. Der 2. Arbeitsmarkt würde nicht nur der „Wirtschaft Konkurrenz“ machen, sondern auch noch „absehbar jedes Ehrenamt schreddern“. Was spricht

eigentlich dagegen, das Ehrenamt aufzuwerten und einen Teil der gesellschaftlich notwendigen bzw. nützlichen Arbeit in Form einer versicherungspflichtigen Tätigkeit zu organisieren?  
Es wird darüber hinaus noch genug weitere sinnvolle ehrenamtliche Tätigkeiten geben.

Vorschlag 4: Anträge müssen „verständlich, unbürokratisch und individualisiert sein.“ Da kann man natürlich nur zustimmen. Jede Sachbearbeiter\*in weiß allerdings, dass sich unbürokratisch und individualisiert weitgehend ausschließen.

Vorschlag 5: Schaffung eines „neuen, existenzsichernden Garantiesystems“ - nicht nur für Kinder und Rentner, sondern auch für Erwerbstätige.

Was soll sich hinter so einem Garantiesystem verbergen? Habeck kann eigentlich nur das Bedingungslose Grundeinkommen meinen. Denn es gibt in der bisherigen Diskussion neben dem alten Modell der Sozialhilfe und dem Modell von Hartz IV nur das BGE als Alternative. Ein Garantiesystem beinhaltet aus Habecks Sicht zwar nachvollziehbar auch eine Diskussion über „Löhne, öffentliche Einrichtungen, Kitas, Schulen, ...“. Aber das sind nur Teilaspekte. Es wird vor allem die Frage zu klären sein, wie die Grünen zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) stehen – aus meiner Sicht ein falscher Weg.

Wolfgang Seelbach, 3.4.2018